

Reportage zum Demografischen Wandel in Hanau

Eine Stadt für Alle!

Schrift 11 | Vortrag:

**„Neue Politik? =
In Generationen denken!“**

Brüder-Grimm-Stadt



Der Magistrat

Stabsstelle Demografie

Brüder Grimm – Stadt Hanau

Stabsstelle Demografie

© Dipl.-Pädagoge Lothar Hain

Am Markt 14 – 18

63450 Hanau

Fon: 0 61 81 / 295 354

Editorial

Der Vortrag **„Neue Politikkonzepte? = In Generationen denken!“** wurde am 23. März im Rahmen einer Veranstaltung der Fachhochschule Frankfurt am Main zum Thema

Kommunen im Zeichen des demografischen Wandels

in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund – HSGB gehalten.

Die Veranstaltung richtete sich an Vertreter von Kommunen, Landkreisen, Verbandsgemeinden, an Demografiebeauftragte, Referatsleiter unterschiedlicher Fachrichtungen (z.B. Senioren, Soziales, Jugend, Stadtentwicklung) sowie politische Entscheidungsträger.

Nach grundlegenden Ausführungen zum demografischen Wandel, Daten, Fakten und Konsequenzen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung, der Darstellung von Informationsquellen zur demografischen Entwicklung und der Frage einer nachhaltigen Gestaltung des Wandels sollte sich ein „Praxisbericht“ anschließen. Die Rolle eines Demografiebeauftragten in kommunalen Verwaltungen sollte beschrieben werden.

Der nachfolgende Vortrag **„Neue Politikkonzepte? = In Generationen denken!“** ist als solcher bereits die Darstellung einer Rolle eines Demografiebeauftragten: Das Thema Demografie in all seinen Erscheinungsformen je nach Zuhörerschaft aufzunehmen und entsprechend vorzustellen. Die Rolle eines Demografiebeauftragten in der gegenwärtigen Phase des demografischen Wandels ist, für das Thema Interesse zu wecken. Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen. Eine Möglichkeit des Umgangs kann die nüchterne Darstellung des Zahlenmaterials und die Präsentation der Prognose sein. Eine andere Möglichkeit besteht darin, ein Monitoring zu verfassen und Vergleiche mit anderen Kommunen herzustellen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die jeweils vorhandenen Strukturen und Angebote auf ihre „Demografiefähigkeit“ hin abzuklopfen. Möglicherweise

beschränkt man sich auf einzelne Themen und beleuchtet diese im Hinblick auf eine älter werdende Gesellschaft.

Darstellung von Zahlenmaterial, von Prognosen, Monitoring und Vergleiche, Strukturen und Angebote abklopfen und durchforsten, Einzelthemen beleuchten – haben wir das nicht schon zu früheren Zeiten getan als der demografische Wandel sich noch nicht im öffentlichen Diskurs befand? Manche Debatte erinnert an frühere Zeiten, als es beispielsweise um das neue Steuerungsmodell ging und als Produkte beschrieben werden mussten.

Ist die Auseinandersetzung um und mit dem demografischen Wandel also „nur alter Wein in neuen Schläuchen“? Brauchen wir eine „neue Politik“, ein verändertes Politikverständnis?

Die Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel stellen, sind keine neuen Fragen. Es sind alte Fragen. Es sind gute Fragen. Es sind richtige Fragen. Sich mit diesen Fragen in unterschiedlicher Form und Weise auseinanderzusetzen ist ein lohnendes Unterfangen.

Wenn es für uns eigentlich bekannte Fragen sind, so könnten wir uns doch auch mit den Antworten beschäftigen, die wir seinerzeit versucht haben zu finden bzw. zu geben. Oder anders gefragt: Warum taugen die Antworten der Vergangenheit nicht mehr auf die nun in ähnlicher Weise gestellten Fragen. Die Antwort ist schnell gegeben.

Die Antworten, die in der Vergangenheit auf auftauchende Fragestellungen gegeben wurden, haben alle zwei grundlegende Prämissen:

1. Die Antworten unterstellten immer Wachstum. Wachstum an Bevölkerung, Wachstum des Verbrauchs von Konsumgütern, Wachstum der Nachfrage von Dienstleistungen, Wachstum an Energiebedarf, Wachstum an Einkommen, an Steuereinnahmen.
2. Im Zweifelsfalle wurde beschlossen, die Lösung auf die nächste Legislaturperiode zu vertagen.

Tauchten Probleme auf, dann waren wir stets bemüht mit Zuschüssen aus kommunalen Haushalten, also mit einem Scheck auf die Zukunft, von der wir uns ja Wachstum versprochen haben, diese Probleme scheinbar zu lösen. In Wahrheit haben wir die Lösung auf die Zukunft, die ja Wachstum bringen sollte, vertagt; vertagt auf die nächste Legislaturperiode.

Und jetzt: Schrumpfung. Mit einem Mal. Der gewohnte Boden für die Antwort ist weg, abhanden gekommen. Die Bevölkerung verweigert das Wachstum. Die Bevölkerung verweigert den für den Erhalt unserer Gesellschaft und die Grundlagen des Wachstums notwendigen Nachwuchs. Kinder, die nicht geboren werden, können nicht nur keine Kinder bekommen, sie können auch nicht konsumieren. Keine Kinder sind fehlende Kinder in der Kindertagesbetreuung, in den Schulen, in den Ausbildungsbetrieben und –institutionen, und später fehlende Erwachsene in der Arbeitswelt und bei der Pflege, sind keine Vereinsmitglieder und freiwillige Feuerwehrfrauen und -männer.

Wir haben dieselben Fragen und können diese Fragen mit dem gewohnten Reflex, einen Zuschuss zu geben, eine Investition zu tätigen, nicht mehr beantworten. Mehr noch: Wir können die Grundlagen des Wachstums, nämlich die Zahl unserer Kinder, nicht herstellen; nicht für die Vergangenheit und bisher auch nicht für die Zukunft. Alle bisherigen familienpolitischen Maßnahmen haben den gewünschten Erfolg, die Zahl der Geburten zu erhöhen oder mindestens zu stabilisieren, vermissen lassen.

Und nun sitzen wir im Dilemma: Einerseits sind wir weiterhin auf Wachstum programmiert; denn wie anders sollen wir erklären, dass nach wie vor Bauland und Gewerbegebiete, Frage: Für wen?, erschlossen wird, wenn wir gleichzeitig wissen, dass es dafür in Zukunft keine Käufer mehr geben wird? Und andererseits können wir im wahrsten Sinne des Wortes erleben, wie die Bevölkerung in großen Teilen unseres Landes schrumpft, durch Tod oder Abwanderung.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels nötigen uns eine geistige Insolvenz ab, zwingen die Reset-Taste zu drücken und einen Neustart zu konfigurieren. Und die Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir nicht vertagen und nicht in einer Legislaturperiode zu Ende bekommen.

Die Antworten, die wir zu finden haben, werden in der Verstetigung zu suchen sein, sie werden in der Bewahrung zu finden sein. Weniger wird am Ende Mehr sein.

Wir brauchen vielleicht keine neue Politik, sondern eine Politik mit einem neuen Blick, mit einem Blick auf die Vergangenheit, auf die Gegenwart und die Zukunft zugleich, einen Blick auf die Abfolge von Generationen.

Inhalt

In dem nachfolgenden Vortrag wird zunächst unter der Überschrift **„Demografie“** (Seite 7 ff) auf die zentralen Aussagen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom November 2009 eingegangen. Es folgen drei zentrale Erkenntnisse aus

diesen Aussagen. Der Umgang mit den Aussagen und Erkenntnissen wird öffentlich bisweilen kontrovers und in den Medien spektakulär diskutiert. Auf diese Debatte soll kurz eingegangen werden. Es folgen dann zentrale Bedeutungen des demografischen Wandels und der damit verbundenen Unumkehrbarkeit. Dabei spielen „harte“ Fakten, statistisches Material; ebenso eine Rolle wie „weiche“ Faktoren, etwa die Veränderung der Vorstellungen vom Alter und vom Altern.

Unter der Überschrift **„Handlungsfelder“** (Seite 14 ff) werden zunächst die beiden zentralen Problemstellungen bei der Behandlung der Handlungsfelder benannt und zentrale Elemente eines Handlungskonzeptes vorgestellt. Im Anschluss werden verschiedene Beispiele für Herangehensweisen an die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels aus der Stadt Hanau gegeben.

Der Abschluss erfolgt unter der Überschrift **„Herausforderungen“** (Seite 23 ff). Es werden (noch einmal) mögliche Stolpersteine bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels aufgezeigt, aber auch mögliche Schlaghügel benannt.

Im Anhang (Seite 28 ff) befindet sich der Vortrag in Form einer Präsentation.



„Neue Politikkonzepte? = In Generationen denken!“

Dipl.-Pädagoge Lothar Hain

Der „demografische Wandel“ hat Konjunktur! Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beschäftigen sich seit geraumer Zeit sporadisch mit DEM demografischen Wandel bzw. mit den verschiedenen Aspekten, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind. In jüngerer Zeit erfolgt die Auseinandersetzung im öfter, da die Auswirkungen des demografischen Wandels immer spürbarer werden.

Die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass mancherorts die Bevölkerung schlicht und ergreifend abhanden gekommen ist oder in den nächsten Jahren abhandenkommen wird. Mit der schwindenden Bevölkerung schwinden auch die Wähler und die Steuerzahler. Die Gemeindefinanzen, ohnehin schon immer defizitär, drohen vollends aus dem Ruder zu laufen.

Die Wirtschaft, die noch vor einigen Jahren bestrebt war, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre alt waren, in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen, entdeckt nun die Potentiale der älteren Beschäftigten. Der Nachwuchs fehlt und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Die Zivilgesellschaft, die gerne der „öffentlichen Hand“ auf all ihren Ebenen die Verantwortung für die allgemeine und auch persönliche Daseinsvorsorge abverlangte, stellt fest, dass sie in immer stärkerem Maße Eigeninitiative ergreifen muss, gleich welcher Art.

I. Demografie

Die Komplexität der mit dem demografischen Wandel verbundenen notwendigen Anpassungsprozesse wird zunächst gerne auf die griffige Formel vom „weniger – älter – bunter“ reduziert. Mit anderen Bildern ausgedrückt: Wir werden leere Kinderwagen und volle Pflegeheime haben.

Die „harten“ Fakten wurden uns Ende 2009 vom Statistischen Bundesamt mit der 12.koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung¹ vorgelegt.

Die zentralen **Aussagen**: Die Bevölkerungszahl wird von heute 82 Millionen auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. 2060 werden über 500 000 mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden. 2060 wird es fast so viele 80-Jährige und Ältere geben wie unter 20-Jährige. 65 Jahre oder älter ist heute jeder Fünfte, 2060 wird es jeder Dritte sein. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird besonders rapide im kommenden Jahrzehnt altern: Von den 20- bis 64-Jährigen insgesamt werden um das Jahr 2020 40% zwischen 50 und 64 Jahre alt sein. Die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren wird von heute 50 Millionen auf 33 bis 36 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. 2060 werden etwa doppelt so viele Personen im Rentenalter auf 100 Personen im Erwerbsalter entfallen wie heute.

Im Oktober 2010 hat der Hessische Landesrechnungshof seinen 21. Zusammengefassten Bericht² dem Hessischen Landtag vorgelegt. In diesem Bericht finden sich die Ergebnisse einer Fachprüfung Demografie. In der 136.vergleichenden Prüfung „Demografischer Wandel“ wurden 29 hessische Städte und Gemeinden auf der Datenbasis der Jahre 2004 bis 2008 im Jahre 2009 auf ihre „Demografiefähigkeit“ untersucht.

„Bis zum Jahr 2025 ist zu erwarten, dass in allen hessischen Landkreisen die Bevölkerungszahl im Schnitt um 4,4 Prozent abnimmt.“³ In der Mehrzahl der untersuchten Kommunen ist bereits im Jahr 2020 mit einem Bevölkerungsrückgang mit einem Minus von bis zu 18 Prozent zu rechnen. Im Jahr 2050 werden alle untersuchten Kommunen zwischen 6 und 45 Prozent weniger Bevölkerung haben.

Es drängen sich drei zentrale **Erkenntnisse**⁴ auf.

- 1. Der demografische Wandel ist unumkehrbar.**
- 2. Die Kommunen können sich nicht gegen die Zwangsläufigkeit des demografischen Wandels stemmen.**
- 3. Die Kommunen haben es nicht in der Hand, den demografischen Wandel umzukehren.**

¹ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, www.destatis.de, Wiesbaden 2009

² Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs: Einundzwanzigster Zusammenfassender Bericht 2010, Hessischer Landtag Drucksache 18/2633, www.rechnungshof-hessen.de

³ Einundzwanzigster Zusammenfassender Bericht 2010, Seite 150

⁴ Ebd., Seite 147 ff.

Der **öffentliche und mediale Diskurs** wird sehr unterschiedlich geführt. Angesichts dieser Erkenntnisse, überkommt vielleicht so manchen ein Gefühl von „Grusel und Horror“. Die Gesellschaft spaltet sich in Lager. Die einen befürchten den „Krieg der Generationen“, die anderen setzen auf die „Solidarität der Generationen“. Medial werden wir einmal mit dem „Aufstand der Alten“ und ein anderes Mal mit dem „Aufstand der Jungen“ konfrontiert, so die Titel von mehrteiligen „Doku-Fictionen“ des Zweiten Deutschen Fernsehens aus den Jahren 2008 und 2011. Auch mag man einen Belastungsdiskurs oder auch einen Produktivitätsdiskurs führen. In einem Artikel mit der Überschrift „Produktivität kann Demografie-Wandel kompensieren“⁵ führt Prof. Gerd Bosbach im April 2008 aus, dass die Steigerung der zu erwartenden Belastung aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen und der Zunahme der immer älter werdenden Bevölkerung 39 Prozent betrage. Hingegen hätten von der Bundesregierung beauftragte Kommissionen die Steigerung der Produktivität in den kommenden Jahren untersucht und die Ergebnisse lägen weit über der zu erwartenden Belastung. Die Herzog-Kommission sieht eine Steigerung der Produktivität um 86 Prozent und die Rürup-Kommission rechnet gar mit einer Steigerung um 144 Prozent. Angesichts solcher Aussichten rät Bosbach zur Entspannung. Die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels ist hier eine Frage der Verteilung der Produktivitätszuwächse und der damit verbundenen Gewinne und Überschüsse.

Auch die Debatte um das „demografisch geeignete“ Renteneintrittsalter kommt nicht zur Ruhe. Meldungen, wie jüngst aus Dänemark befeuern die Auseinandersetzungen. In Dänemark beabsichtigt die Regierung – laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 26. Januar 2011⁶ - das Renteneintrittsalter auf 74 Jahre anzuheben. Die dänische Regierung will den Eintritt ins Rentenalter von der Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung abhängig machen.

Die zunehmende Zahl der älteren Menschen macht der Politik Angst. Auf weltonline erschien am 14. September 2010 ein Artikel zur geplanten Mehrwertsteuerreform unter dem Titel:

⁵ Quelle: 3sat.online-Artikel

⁶ Radikale Reform in Dänemark: Rente – mit 74; sueddeutsche.de vom 26.1.2011

„Schäubles Angst vor den rüstigen Rentnern“⁷. Die Wochenzeitung Die Zeit stellt ebenso fest: „Die Politik kapituliert vor der Demografie“⁸.

Angesichts derartiger Meldungen und Auseinandersetzungen ist es durchaus möglich, dass mancher in Politik, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft den Mut verlieren kann. Jedoch gilt auch hier, was Brecht einmal gesagt hat: Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

In einem „Demografie Spezial“ der Deutschen Bank aus dem Jahr 2002 finden wir drei sachliche Vokabeln: „Reformen“, „Entschlossenheit“ und „Antworten“. Es wird „... möglich sein, die **erforderlichen Reformen** mit der **notwendigen Entschlossenheit** anzugehen und **sachliche Antworten** auf die demografischen Herausforderungen zu finden.“⁹

Es kann, hinsichtlich der erforderlichen Reformen, der notwendigen Entschlossenheit und der sachlichen Antworten, hilfreich sein, sich mit der Dynamik unserer Zeit auseinanderzusetzen. Zur Dynamik unserer Zeit zählen zentrale **Bedeutungen** mit den „harten“ Fakten und den „weichen“, dennoch ebenso harten, Faktoren.

Zu den harten Fakten zählen die (strengen) mathematischen und statistisch belegbaren Tatsachen: Geborene Kinder werden älter und nicht geborene Kinder werden keine Eltern.

Zu den „weichen“ Faktoren zählen die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in der Veränderung unserer individuellen Biografien und der Veränderung des Bildes vom Alter und vom Altern ausdrücken.

Aus den „harten“ Fakten und den „weichen“ Faktoren ergeben sich dann die Aufforderungen zum Handeln und die Handlungsfelder.

Die Umkehrbarkeit des demografischen Wandels hat folgende zentrale Bedeutungen.

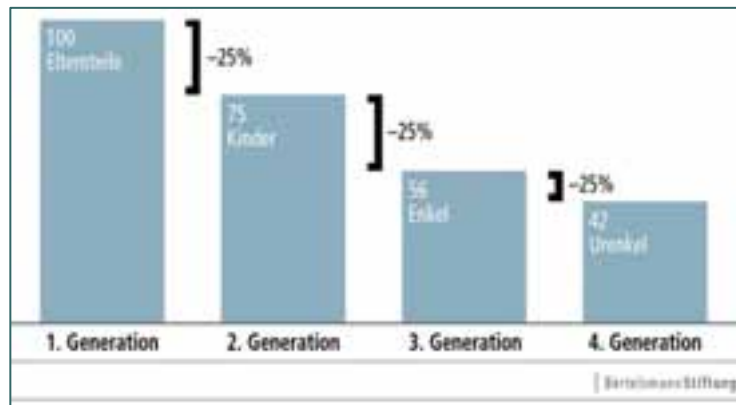
1. Jede Generation ist um ein Drittel kleiner als die vorherige. Die Bevölkerungszahl halbiert sich somit innerhalb von zwei Generationen.

Diese „harte“ Tatsache ist in dem Schaubild der Bertelsmann Stiftung eindrücklich dargestellt.

⁷ Mehrwertsteuer: Schäubles Angst vor den rüstigen Rentnern, weltonline vom 14.9.2010

⁸ Demografie: Der Kinderschwund macht sprachlos, zeitonline vom 17.11.2010

⁹ Die demografische Herausforderung | Demografie Spezial | Deutsche Bank Research – Juli 2002



In der ersten Generationen haben 100 Elternteile (50 Frauen und 50 Männer) im Durchschnitt 1,5 Kinder. Die zweite Generation besteht dann aus 75 Kindern, davon je die Hälfte Frauen bzw. Männer. Bei einer gleichbleibenden Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau wird die dritte Generation 56 Enkel, bezogen auf die erste Generation dieses Schaubildes, haben. Die Geburtenrate in Deutschland liegt (kaum) unverändert bei ca. 1,4 Kindern pro Frau. Eine Gesellschaft kann sich bei einer Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau aus eigener Reproduktion selbst erhalten.

2. Die (sinkende) Geburtenrate, die (steigende) Lebenserwartung und die Migration verändern die Zahl der Einwohner sowie die Alters- und Sozialstruktur.

Die „Lebenserwartung (ist) so hoch wie nie“. Dies konnten wir Anfang November im Hanauer Anzeiger¹⁰ lesen. Jeder zweite Mann wird derzeit wenigstens 80 Jahre alt und jede zweite Frau erlebt ihren 85. Geburtstag.

Wie Migration die Strukturen verändert, kann man am Beispiel der Deutschen Fußballnationalmannschaft sehen. Elf der 23 Spieler im DFB-Team von 2010 haben einen Migrationshintergrund.

„Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ist längst zu einem Spiegelbild der deutschen Gesellschaft geworden. Im 23-köpfigen Multi-Kulti-Kader von Bundestrainer Joachim Löw für die WM in Südafrika stehen elf Spieler mit Migrationshintergrund aus acht verschiedenen Ländern.“¹¹

3. Das Bild vom Alter(n) verändert sich – medial und real.

¹⁰ Lebenserwartung so hoch wie nie, Hanauer Anzeiger vom 5.11.2010

¹¹ FIFA WM in Südafrika Nationalelf Vorbild für Integration, Quelle: <http://www.swr.de/international/de> vom 9. Juli 2010

Im Psalm 90, Vers 10 des Alten Testaments können wir zum Thema Alter folgendes lesen.

„Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen; denn es fährt schnell dahin, als flögen wir davon.“

Die Sprachforscher und Märchensammler Brüder Grimm haben folgendes Bild notiert:

„10 Jahr ein Kind, 20 Jahr ein Jüngling, 30 Jahr ein Mann, 40 Jahr stille stahn, 50 Jahr geht Alter an, 60 Jahr ist wohlgetan, 70 Jahr ein Greis, 80 Jahr Schneeweisz, 90 Jahr der Kinder Spott, 100 Jahr gnad dir got.“¹²

In der Strategiemappe „Zukunftsmarkt 50plus“ des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie¹³ aus dem Jahr 2010 wird ein 56 Jahre alter Jurist wie folgt zitiert: „Mit 51 bin ich meinen ersten Marathon gelaufen. Nächstes Jahr will ich in New York dabei sein.“

War das Leben „Mühe und Arbeit“ und mit „40 Jahr stille stahn“, so ist es heute möglich, auch „im vorgerückten“ Alter noch neue, ungewöhnliche, Vorhaben umzusetzen.

Die klassische, dreiteilige Biografie mit Kindheit, Familien- und Erwerbsleben und anschließender „Alterszeit“ hat einer, wie der Zukunftsforscher Horx einmal formuliert hat, „Multigrafie“ Platz gemacht. Kindheit- und Jugendzeit sind stark differenzierte Lebensphasen. Die Ausbildungszeit verschiebt sich deutlich an die Grenze des Teenager- zum Twenalter. Die Familiengründung findet entsprechend „spät“ statt; Kinder sind nicht mehr die zentrale Aufgabe einer Lebensgemeinschaft. Die Patchworkfamilien sind keine Ausnahme mehr. Auch die Erwerbsbiografien haben sich stark verändert. Es wird nicht mehr „für das Leben gelernt“, sondern für den Einstieg in einen Beruf. Die Inhalte und die Anstellungsverhältnisse verändern sich heute rascher denn je.

4. Weniger Kinder bedeuten weniger Schüler und weniger Schüler bedeuten weniger Fachkräfte.

Wir können uns die andere Seite dieser Medaille ansehen und müssen dann feststellen, dass weniger Kinder, weniger Schüler, weniger Fachkräfte auch heißt: weniger Erzieher(innen) – weniger Lehrer(innen) – weniger Ausbildungspotentiale.

¹² Jacob Grimm: Rede über das Alter, Berlin 1863

¹³ Strategiemappe „Zukunftsmarkt 50plus“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin 2010

Nun erleben wir in diesen Tagen die – nach meinen Begriffen – etwas seltsame Debatte über einen „angeblichen“ Fachkräftemangel beim Beruf Erzieher(in).

Schauen wir einmal genauer hin und fragen, wodurch der Mangel an Erzieher(innen)n ausgelöst wurde. Eines muss von vornherein klar sein: Der Mangel entsteht nicht aufgrund steigender Geburtenraten. Die Geburtenraten sinken. In dieser Logik müssten wir eigentlich von einer ausreichenden Versorgung, ja eventuell sogar von einer Überkapazität ausgehen. Nun sagen wir, es gibt einen Mangel. Der Mangel ist eine ausschließlich zeitlich befristete Erscheinung. Der Mangel an ausreichend ausgebildetem Personal entsteht durch die Einführung des Rechtsanspruches auf eine Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Die Nachfrage nach Personal ist trügerisch. In dem Moment, in dem der Rechtsanspruch erfüllt werden kann, ist die Bedarfsspitze erreicht und der Mangel schlägt in „Überschuss“ um, da alle zukünftigen Geburtenjahrgänge kleiner sind als die vorangegangenen.

Wie reagieren wir? Wir reagieren innerhalb des Systems und tun, was wir immer getan haben: Wir passen die Ausbildungskapazitäten (zu spät) an. Wir bilden Erzieher(innen) für eine Zukunft aus, in der wir sie nicht mehr in dem Umfang benötigen, obgleich uns eigentlich heute der Schuh bei der Versorgung drückt. Notwendige Reformen, so lesen wir im Demografie Spezial der Deutschen Bank, seien mit Entschlossenheit von Nöten, um sachgerechte Antworten zu geben. Im Falle des Bedarfs an Betreuungskräften für die Kindertagesbetreuung könnte dies u.a. auch bedeuten, Menschen aus anderen Berufen, Eltern in Familienzeit, engagementbereite Bürgerinnen und Bürger mit einer entsprechenden Vorbereitung in die Versorgung mit einzubeziehen. Dies gelingt an anderer Stelle auch. Ich denke z.B. an die Telefonseelsorge oder die Hospizarbeit.

5. Steuern und andere Einnahmen des Staates gehen zurück.

Steuern und Ausgaben des Staates gehen auf allen Ebenen zurück, sowohl auf der Ebene der Kommune als auch auf der Ebene der Landkreise, der Länder und des Bundes. Was bleibt sind die Ausgaben. Die Ausgaben bleiben, weil die Aufgaben bleiben.

6. Die technische Infrastruktur ist unausgelastet und wird zu teuer.

Die Umlagen steigen. Die Infrastruktur kann nicht in dem Maße wie die Bevölkerung schrumpft, zurückgenommen werden. Wasser- und Abwasser- und Energieversorgung

erfordern entsprechende Netze, deren Unterhaltung zu finanzieren ist. Weniger Bürger(innen) werden sich die gleichbleibenden Kosten teilen müssen.

7. Die soziale Infrastruktur muss flexibilisiert werden.

Die soziale Infrastruktur muss flexibilisiert werden, da sich an vielen Stellen „stationäre“ Infrastrukturen nicht aufrecht erhalten lassen. Wir diskutieren in diesem Zusammenhang auch über die Frage der ärztlichen bzw. hausärztlichen Versorgung. In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 16.7.2010¹⁴ wird beispielsweise die Gemeindeschwester wieder ins Gespräch gebracht oder eine mobile Versorgung unter der Überschrift „Ärzte auf Rädern“ angeregt. „Reformen – Entschlossenheit – Antworten“ sind die Zauberworte.

Reformen mit Entschlossenheit angehen, um sachgerechte Antworten zu finden, dies muss uns nun bei der Betrachtung ausgewählter Handlungsfelder leiten.

II. Handlungsfelder



¹⁴ Hausärzte auf dem Land: Ärzte auf Rädern, Frankfurter Rundschau vom 16.7.2010

In einer Publikation des Deutschen Instituts für Urbanistik¹⁵ finden sich

zwei zentrale **Problemstellungen**:

- 1. Das Planungs- und Entwicklungsverständnis ist in großen Teilen immer noch von Wachstumsvorstellungen geprägt.**
- 2. Es gibt einen ... Widerspruch zwischen der Langfristigkeit demografischer Entwicklungen und dem eher kurzfristigen Horizont politischer Wahlperioden, der auf die administrativen Orientierungen zurückwirkt.**

Die Frage, die sich nun „aufdrängt“ ist, wie kann man diese Problemstellungen „umschiffen“? Hilfreich kann die Beachtung folgender **Elemente für ein Handlungskonzept** sein:

- **differenzierte Darstellung des Status quo der Bevölkerung**
- **Prognosedaten für ausgewählte Zeitpunkte in der Zukunft**
- **Formulierung einer Zielvorstellung**
- **Identifizierung von bevorzugten – lokal / überregional angepassten – Handlungsfeldern**
- **Benennung konkreter Maßnahmen**
(Verantwortung, Zeithorizont, Finanzierbarkeit)
- **Bürgerbeteiligung in unterschiedlicher Form**
(Beteiligung, Mitbestimmung, Engagement)

Es gibt viele Handlungsfelder unter dem Blickwinkel des demografischen Wandels zu bearbeiten. Wie auch immer die Handlungsfelder benannt sind, wie sie zugeschnitten sind, welche Inhalte sich darin verbergen, Veränderungen sind überall notwendig.

Es ist nur die Frage, ob ich warte und die Verhältnisse zwingen mich, sich diesen anzupassen – ohne Alternativen; oder ob ich (modern gesprochen) pro-aktiv, ob ich präventiv, die Auseinandersetzung suche und so meinen Handlungsspielraum zur rechten Zeit voll und ganz nutzen kann.

Der demografische Wandel ermöglicht einen ganz neuen Blick auf den Alltag bzw. den zukünftigen Alltag. Das Miteinander der Menschen wird sich verändern (müssen). Unsere

¹⁵ difu-Impulse: Demografischer Wandel 5/2010, Seite 55

Verhaltensweisen werden sich einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen haben. Die Gegenstände des täglichen Gebrauchs müssen benutzerfreundlicher werden als sie dies bisweilen sind. Wohnungen, Wohnumfeld, Straßen, öffentliche Anlagen, das Einkaufen und die Mobilität, die Kultur und der Sport stehen auf dem Prüfstand.

Wir haben die – aus meiner Sicht einzigartige – Möglichkeit unsere Gesellschaft neu zu erfinden. Das Schöne daran ist, dass wir nicht von vorne beginnen müssen, dass wir das uns Bekannte und Vertraute behalten, dass wir es kreativ in die neue Zeit mit nehmen dürfen. Ebenso erfreulich ist es, dass wir die Veränderungen und Anpassungen, die wir uns überlegen (müssen), selbst nutzen werden. Wir selbst werden diejenigen sein, die nicht nur einen mittelbaren, nein auch einen unmittelbaren Nutzen davon haben werden. Wir dürfen wieder stärker gestalten und wir dürfen wieder „aushandeln“. Wir müssen nicht akzeptieren, wir dürfen steuern.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind in Wirklichkeit nicht so kompliziert wie wir es uns manchmal denken. Oft sind es nur Kleinigkeiten, die wir verändern müssen, damit die Gegenstände, die Wohnungen, das Zusammenleben auch in einer älter werdenden Gesellschaft gelingt.

Ein schönes Bild ist der Motorradfahrer, der zunächst traurig auf sein Gefährt schaut, weil er glaubt, es nicht mehr nutzen zu können. Mit ein paar wenigen Veränderungen, wie z.B. einem Katzenfell über dem Sitz, mit Fingerwärmern an der Lenkstange, oder einer speziellen Lupe als Windfang, mit einem überhaupt bequemeren Sitz und ähnlichen Veränderungen lässt sich dann auch wieder Motorrad fahren. Vielleicht nicht mehr so schnell wie in früheren Jahren; da aber ja die anderen auch älter geworden sind und auch langsamer fahren, so stimmt es am Ende des Tages wieder.

Anhand von **Beispielen** soll ein möglicher Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels illustriert werden.

Also – nicht nur in großen Linien denken, nein auch und gerade am Detail arbeiten. Kreativität ist der Schlüssel zum Erfolg.

Um Handeln zu können, benötigt man Wissen. Dies ist mit dem ersten Element des zuvor skizzierten Handlungskonzeptes gemeint. Wie können Informationen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden?

Das geht am „einfachsten“ durch eine entsprechende Seite im Rahmen des Internetauftritts der jeweiligen Kommune. Die entsprechende Seite der Stadt Hanau finden sie unter www.hanau.de | Leben in Hanau | Gesellschaft & Soziales | Demograf. Wandel. Die Seite gliedert sich in acht Abschnitte:

Demografie in Deutschland | Demografie in Hanau | Schriftenreihe zum Demografischen Wandel als Download | Präsentationen | Presseartikel | Kontakt und Ansprechpartner | Linksammlung | Veranstaltungen.

Im Abschnitt „Schriftenreihe“ finden sie beispielsweise verschiedene Schriften zu unterschiedlichen Themen, so u.a. die Schrift „Die demografische Topografie der Stadt Hanau 1999 – 2010“. In dieser Schrift finden sie dann ausgewählte und aninterpretierte Daten z. B. zu den Überschriften: Bevölkerungsentwicklung | Alterung und Lebenserwartung | Familiengründung und Geburten | Wanderung | Haushalts- und Lebensformen und Vergleiche mit anderen Daten anderer Quellen. Derartige Topografien werden auch als „Profil“ für einzelne Stadtteile, siehe Beispiel, entwickelt und anlassbezogen zur Verfügung gestellt.

Magistrat der Stadt Hanau Stabsstelle Demografie	
<u>Handlungsfelder</u>	<u>Beispiele</u>
<u>„Status quo“ „Kommunikation“</u>	
<u>Fazit der gegenwärtigen Situation (Profil) eines Stadtteils:</u>	
× Geburten- und Sterberate sind (bisher) ausgeglichen (☺)	
× Wanderungsgewinne über mehrere Jahre (☺)	
× Altersgruppe <u>unter 20 Jahre:</u>	
× In der Relation Durchschnitt (☺) Jugendquotient unter Durchschnitt (☹)	
× Zunahme der <u>erwerbsfähigen Bevölkerung</u> auf gesamtstädtisches Niveau (☺) über dem Bundesdurchschnitt (☺)	
× starke Zunahme der <u>über 65-jährigen Bevölkerung</u> (☺)	
× In der Relation Durchschnitt (☺) Altenquotient unter Durchschnitt (☺)	
× Die „alte“ Bevölkerung ist „jung“. (☺)	
© Demografie: „Neue Politikkonzepte? = In Generationen denken!“	

Das Beispiel soll veranschaulichen, wie Zahlenmaterial als Einstieg in eine Diskussion zunächst vereinfacht werden kann, ohne die Bürger zu verschrecken.

Es werden Informationsveranstaltungen zum Thema Wohnen im Alter in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule angeboten oder in Vorträgen bei Verbänden und Organisationen über das Thema „Demografie“ zielgruppenorientiert informiert.

Im Herbst des Jahres 2011 startet eine dreiteilige Themenreihe in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Es wird um die Themen

- Einkaufen – Das Kaufhaus der Zukunft
- Wohnen – Konzepte mit mehr Lebensqualität und
- Mobilität – Verkehrssysteme für die Zukunft

gehen. Eine Hauptzielgruppe bilden die dann neugewählten Mandatsträger der Orstbeiräte und der Stadtverordnetenversammlung; aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege, Verbände (Industrie, Handel, Handwerk), Kirchen und Gewerkschaften, Vereinsvertreter (Sport und Kultur) sowie alle interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Eröffnet werden die Veranstaltungen vom Oberbürgermeister der Stadt Hanau, es folgen zwei Fachvorträge. Der erste Vortrag beleuchtet das Thema vom Grundsatz her, der zweite Vortrag berichtet aus der Praxis. Zwischen den Beiträgen und im Anschluss ist Zeit für Fragen und für Gespräche.

Aus dem „Zahlenmaterial“ müssen sich Zielvorstellungen ableiten lassen bzw. für einzelne Stadtteile oder auch Quartiere einzelne lokale Zielvorstellungen (z.B. „altengerechtes“ Wohnen im Stadtteil) formulieren lassen.

Die Stadt Hanau hat sich im Jahr 2008 auf den Weg gemacht und beabsichtigt mittels eines „Wettbewerblichen Dialogs“ ihre Innenstadt neu zu konstruieren: „Hanau baut um!“. Der Dialog bezieht sich auf fünf bzw. sechs Handlungsfelder:

Einzelhandel | Kultur und Freizeit | Gastronomie und Hotel | Mobilität | Öffentliche Räume und Wohnen.

Das Konzept macht deutlich, dass im Rahmen einer Innenstadt und unter Anknüpfung und Berücksichtigung des Vorhandenen eine Entwicklung in Richtung Zukunft durch das Zusammenführen öffentlicher und privater Ressourcen unter Beteiligung von Bürgerinnen im Wechselspiel mit den „Entscheidern“ Magistrat und Stadtverordnetenversammlung möglich ist.

Es muss jedoch nicht immer nur der große Wurf sein.

Im Rahmen des Umbaus der Hanauer Innenstadt spielt das Handlungsfeld „Einzelhandel“ eine große Rolle. Die Wechselwirkungen zwischen dem Handel in der Innenstadt mit dem Handel an der Peripherie der Stadt müssen ebenso bedacht werden wie die Wechselwirkungen zwischen dem Handel in der Innenstadt und in den Stadtteilen und Quartieren, um die Nahversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Jedoch ist das Thema „Einzelhandel“ nicht alleine auf die Gestaltung der Sortimentsvielfalt und die Ansiedlung beschränkt. Es geht auch und in einer älter werdenden Gesellschaft gerade darum, den Einzelhandel „generationenfreundlich“ zu entwickeln. Der Handelsverband Deutschland und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben sich in einer gemeinsamen Erklärung vom März 2010¹⁶ dafür ausgesprochen, für eine „generationenfreundliche Infrastruktur“ sowohl bei den Kommunen als auch beim Einzelhandel zu werben. Es wurde ein Qualitätssiegel entwickelt mit dem Titel „Generationenfreundliches Einkaufen“. Insgesamt werden 58 Kriterien in 7 bzw. 8 Kategorien¹⁷ geprüft: Erreichbarkeit des Geschäfts, Mitarbeiter und Servicequalität, Eingang zum Geschäft, Ladengestaltung, Sortimentgestaltung, Service und Kasse sowie „Sonderpunkte“. In Hanau wurde die Galeria Kaufhof bereits mit dem Qualitätszeichen ausgezeichnet. Der Hanau Marketing Verein e.V. will den Prozess als einen Arbeitsschwerpunkt weiter befördern.

Nun darf die Frage gestellt werden, warum der Einzelhandel sich nicht ausdrücklich „altengerecht“ präsentiert.

Der Schriftsteller Peter Bamm hat einmal gesagt: „Im Grunde haben die Menschen nur zwei Wünsche: alt zu werden und dabei jung zu bleiben!“

¹⁶ Generationenfreundlicher Einzelhandel – ein Gewinn für Alt und Jung, BM FSFJ, Berlin 2010

¹⁷ Prüferhandbuch Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“, Wirtschaftsfaktor Alter & Handelsverband Deutschland 2010

Niemand möchte für alt gehalten werden bzw. als alter Mensch behandelt werden. „Die Überfünfzigjährigen sind selbstbewusst, konsumerfahren und kritisch. Sie schätzen Qualität, Funktionalität, Beratung und Service. ... Einen ‚Seniorenteller‘ möchte keiner von ihnen vorgesetzt bekommen.“, so zu lesen in der Publikation „Wirtschaftsfaktor Alter: Potenziale nutzen – die Kundengruppe 50plus“, Berlin 2010 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Darüber hinaus kann man feststellen, dass die Anforderungen an eine generationenfreundliche Gestaltung, die durch das Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“ angesprochen werden, nicht nur den älteren Menschen zu Gute kommen, sondern allen andern Menschen¹⁸ auch:

Blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen | Sehbehinderte Menschen | Gehbehinderte Menschen | Rollstuhlbenutzerinnen und –nutzer | Greifbehinderte Menschen | Kleinwüchsige Menschen | Hörbehinderte Menschen | Geistig behinderte Menschen | Kinder | Eltern mit Kinderwagen | Alte Menschen.

„Eine barrierefrei zugängliche Umwelt ist für etwa zehn Prozent der Bevölkerung zwingend erforderlich, für etwa 30 bis 40 Prozent notwendig und für 100 Prozent komfortabel!“¹⁹

Neben dem Einkaufen spielen die Themen „Wohnen, Pflege, Demenz, Unterstützung“ eine bedeutsame Rolle und dies ebenso generationenübergreifend wie zuvor beim Thema Einkaufen.

„In Deutschland sind nur etwa ein Prozent der insgesamt 39 Millionen Wohnungen auf die speziellen Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet. Das verdeutlicht eine Studie des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) mit Sitz in Berlin.²⁰ Der Verband schätzt, dass mindestens 800.000 Wohnungen bis 2020 für die ambulante Pflege altersgerecht angepasst oder neu errichtet werden müssen. ... Zudem sieht der BFW einen zunehmenden Trend, länger in den in den eigenen vier Wänden zu verbleiben. Auch mit Blick auf die defizitäre Pflegeversicherung werde das seniorengerechte und barrierefreie Wohnen

¹⁸ Quelle: Deutscher Behindertenrat (DBR)

¹⁹ zitiert aus: Dr. Rüdiger Leidner u.a.: Leben ohne Barrieren; in: EUROPA kommunal 6/2006

²⁰ www.barrierefrei.de: Studie des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW): Wohnen im Alter

zu Hause immer wichtiger. Für den BFW sind intelligente Nutzungs- und Betreuungskonzepte für das Wohnen im Alter und die vorstationäre Betreuung Zukunftsaufgaben,“

In Hanau wurde vor ca. zwei Jahren damit begonnen, eine Mobile Wohnberatung aufzubauen. Die Mobile Wohnberatung hat einen hauptamtlichen Anker im Seniorenbüro der Stadt Hanau. Die Beraterinnen und Berater sind ehrenamtlich tätig und haben unterschiedliche Berufe. Sie wurden für ihre Aufgaben geschult und beraten Einzelpersonen und halten Vorträge.

Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen wird stadtteil- bzw. quartiersorientiert entwickelt. Es entstehen Einrichtungen, die „vor Ort“ ein gefächertes Angebot an Hilfen und Unterstützungsleistungen bieten: Betreutes Wohnen | vollstationäre Pflege in Wohngruppen und Hausgemeinschaften | Kurzzeitpflege | Übergangspflege. Die Einrichtungen sind „offene“ Einrichtungen, also auch für Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Stadtteils und Quartiers, und verfügen über einen Bistro- und Cafébetrieb.

Ein Angebot, das in einem Zeitungsartikel unter der Überschrift „Meine Mitbewohnerin, die Oma“²¹ beschrieben wird, versucht „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“. In diesem Modell vermieten ältere Damen und Herren ein Zimmer in ihrer Wohnung und zwar gegen „Naturalleistungen“. Es wird keine Miete im klassischen Sinne gezahlt, nur einen Beitrag für die Nebenkosten. Hingegen werden vom Untermieter „Arbeitsstunden“ geleistet. Das Motto: Quadratmeter gegen Stunden im Monat. Ist das Zimmer 16 Quadratmeter groß, so verpflichtet sich der Untermieter 16 Stunden im Monat „Hand- und Spanndienste“ zu verrichten. Das kann die Hilfe und Unterstützung beim Einkaufen sein, aber auch die Begleitung zu einem Arzt oder die Mithilfe bei der Reinigung der Wohnung u.ä.. Diese Modell kann auch gut übertragen werden. Es ist vorstellbar, dass alleinerziehende Mütter oder Väter eine solche Wohngemeinschaft mit einer älteren Dame oder einem älteren Herrn bilden und dann eine wechselseitige Unterstützung erfolgt: Hausarbeit von der einen und Kinderbetreuung zu bestimmten Zeiten von der anderen Seite. Das Modell lässt sich auch für Familien denken, die in eine leerstehende Wohnung in einem Zweifamilienhaus eines älteren Ehepaares einziehen. Auch hier kann ein Teil der Kaltmiete in anderer Form erbracht werden.

Ein ähnliches „Teilzeitprojekt“ wird von der Leitstelle für ältere Mitbürger vom Main-Kinzig-Kreis betreut. „So wie daheim“ bietet qualitätsgerechte Tagespflege. In diesem Modell stellen

²¹ „Meine Mitbewohnerin, die Oma“; spiegelonline vom 23.1.2011

ehrenamtlich tätige Menschen ihren Wohnraum an drei Tagen in der Woche zur Verfügung und betreuen drei oder auch vier ältere Menschen. Sie entlasten dadurch pflegende Angehörige.

Die Stadt Hanau hat bereits im Jahr 2003 alle „relevanten“ Dienste für ältere Menschen in einem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Baugesellschaft Hanau in der Innenstadt zusammengezogen. Im „Haus Am Steinheimer Tor“ befinden sich neben dem städtischen Seniorenbüro und der Ehrenamtsagentur, die Hilfezentrale, der VdK und die Technische Beratungsstelle für Blinde und Sehbehinderte als auch der Blindenbund selbst. Die Deutsche Rentenversicherung hält ebenso wie der Landeswohlfahrtsverband Hessen und das Gesundheitsamt des Main-Kinzig-Kreises dort Sprechstunden ab. Der Seniorenbeirat hat dort seine Geschäftsstelle. Das Haus verfügt über zwei Tagungs- und einen Computerraum für entsprechende Gruppenarbeiten und Zusammenkünfte. Es werden Kurse angeboten und ein Bistro befindet sich ebenfalls im Haus, sowie ein Empfang im Erdgeschoss des Hauses. Die Hilfezentrale selbst ist ein Zusammenschluss von gemeinnützigen Anbietern von Pflegeleistungen aller Art. Das städtische Seniorenbüro ist für unterschiedliche Veranstaltungen und Angebote zuständig. Das Seniorenbüro ist das „Gerippe“. Die Planungen und in die Ausführung sind ca. 250 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingebunden.

Es wird u.a. in Kooperation mit den Schulen „Unterstützung beim Umgang mit neuen Medien“ mit dem Projekttitel „Jung hilft Alt“ angeboten. Eine Gruppe von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, hauptamtlich betreut und geschult, besucht mit „Dienstausweis“ ältere und alte Menschen, die ihre Wohnungen nicht mehr verlassen wollen oder können. Die Gedächtnistrainings sind ein Dauerbrenner. Es wurden wiederum ehrenamtlich tätige Menschen ausgebildet. Die Ausbildung wurde kostenfrei gewährt. Im Gegenzug verpflichteten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine bestimmte Anzahl von Kursen in Einrichtungen der Altenhilfe und bei der Volkshochschule unentgeltlich anzubieten.

Es haben sich in den vergangenen Jahren in den Stadtteilen Erzählcafés gebildet. Die Themen, die dort behandelt werden sind so unterschiedlich wie die Menschen, die die Cafénachmittage besuchen. Sie reichen von „sachlichen“ Informationen wie z.B. der Wohnberatung bis zu Reiseberichten oder Erinnerungen an längst vergangene Tage. Die Cafés werden von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleitet; der organisatorische Rückhalt wird durch das Seniorenbüro sichergestellt.

In fast allen Stadtteilen haben sich initiiert vom Seniorenbüro „Nachbarschaftsinitiativen“ gegründet. Keine Initiative gleicht der anderen. Die Systeme sind verschieden und wurden jeweils von den Gründerinnen und Gründern entwickelt. Die Stadt Hanau unterstützt die Initiativen finanziell mit einem Zuschuss für Büro und Organisation.

Die vorgenannten Projekte sind „Netzwerkprojekt“. Es gibt „räumliche“ Überschneidungen und auch „persönliche“ Überschneidungen und es gibt die Zusammenarbeit mit den örtlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Klassische Jugendeinrichtungen wurden schon bevor es das Programm „Mehrgenerationenhäuser“ gab, zu „Generationeneinrichtungen“ entwickelt, Kindertagesstätten für den Stadtteil als „Familiertagesstätten“ inhaltlich und räumlich konzipiert.

Die Schaffung von „Strukturen“ in den Stadtteilen und Quartieren, die es den Menschen unterschiedlicher Generationen und die es den Menschen mit unterschiedlicher Migration ermöglichen, sich zu begegnen, steht bei der Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels im Mittelpunkt. Die Kommune kann aufgrund ihrer eingeschränkten Finanzkraft nur einen Rahmen zur Verfügung stellen. Dieser Rahmen muss einen Aufforderungscharakter haben, der die Menschen veranlasst, sich „einzubringen“ mit ihren Talenten, mit ihrer Zeit, mit ihren Erfahrungen und ganz im klassischen Selbsthilfesinn Nachbarschaft neu zu erfinden und neu zu be- und erleben.

In einem Artikel der Zeitung Tageszeitung vom 28. Dezember 2010 heißt es u.a. dazu:
„Nachbarschaften erfahren eine Renaissance.“²²

III. Herausforderungen

Die Herausforderungen lassen sich in zwei Gruppen teilen. Da sind einmal die Schlaglöcher, denen man immer wieder begegnet und zum anderen die Schlaghügel, die man nutzen muss.

Die Betrachtungen der demografischen Wirklichkeit schließen in aller Regel auch eine Vorhersage ein. Die Zeiträume sind mit 10, 20 oder gar oder 40 Jahren so weit gefasst, dass die Probleme „scheinbar“ in weiter Ferne liegen. Es wird dabei allzu oft nicht bedacht, dass es sich hierbei um eine Entwicklung handelt, die sich langsam, aber unaufhaltsam aufbaut und dass wir alle Teile, Akteure, Betroffene, dieser Entwicklung sind. Hinzu kommt, dass die Zeiträume

²² Hausgemeinschaften werden wichtiger; in: Tageszeitung vom 28.12.2010

der Vorhersagen über den üblichen zeitlichen Rahmen der Legislaturperioden von 4, 5 oder sechs Jahren hinausreichen. Die Wahlen sind nicht synchron, so dass immer eine Wahl vor der Tür steht.

Der relativ lange Zeithorizont und die immer wieder anstehenden Wahlen führen dann dazu, die eigentlich notwendigen Lösungen zu verschieben.

Wachstum war gestern und Schrumpfung ist Zukunft. Schrumpfung bedeutet unter Umständen auch Leistungsabbau bzw. eine Veränderung der Standards. Die Veränderung von Standards ggf. auch der Rückbau oder gar eine Rücknahme von öffentlichen und privaten Leistungen wird als eine Einschränkung der erreichten Lebensqualität empfunden. Niemand möchte auf bestimmte Errungenschaften verzichten. Jeder mögliche Verzicht wird als „Rückschritt“ eingestuft. Es kommt zu Verteilungskämpfen zwischen den einzelnen Politikbereichen bzw. Aufgaben- und Handlungsfelder.

Die Kommunen machen sich gegenseitig Konkurrenz durch das Ausweisen von Baugebieten und Gewerbeflächen. Es muss jeder Kommune, jeder Verwaltungsspitze, jedem Kommunalparlament klar sein, dass wir insgesamt einen Bevölkerungsrückgang haben werden. Regionen, die heute noch einen Zuwachs an Bevölkerung verzeichnen, stehen Regionen gegenüber, die entsprechend über durchschnittlich Bevölkerung verlieren. Auf Dauer kann keine Kommune, kein Landkreis und kein Bundesland mit einer wachsenden Bevölkerung rechnen; es sei denn, dass wir billigend die Entvölkerung von einzelnen Landschaften wollen. Und selbst dann würden wir an eine Grenze stoßen. Nicht Wettbewerb, nicht das Buhlen um – in der Regel – junge Familien darf das Ziel der Anstrengungen sein, sondern eine „intelligente“, die Grenzen der jeweiligen Gebietskörperschaft überwindende Zusammenarbeit muss an der ersten Stelle stehen. Baugebiete, wenn notwendig, gemeinsam ausweisen, Gewerbegebiete, wenn notwendig, gemeinsam vermarkten. Die Innenbereiche der jeweiligen Kommunen unter die Lupe nehmen und das Wohnen und das Handeln in den Innenbereichen befördern: Innen vor Außen muss die Devise einer demografieorientierten Stadtentwicklung sein. Rückbau von Einrichtungen wie z.B. Schwimmbädern bzw. die gemeinsame Nutzung eines Schwimmbades ist ein Gebot der Stunde.

Die notwendigen Schritte, um die Folgen des demografischen Wandels zu mildern, ja gar aufzuheben, erfordern eine gehörige Portion an Mut. Es braucht Mut zu – auch scheinbar unpopulären – Maßnahmen.

Die Überleitung von den Schlaglöchern zu den Schlaghügeln soll ein für unsere Begriffe recht unkonventionelles Beispiel einer Betreuungseinrichtung in Japan markieren.

Die nachfolgenden Ausführungen wurden dem Online-Handbuch Kindergartenpädagogik von Martin R. Textor²³ entnommen:

„Japan hat den höchsten Anteil an alten Menschen weltweit - gefolgt von Deutschland. Donata Elschenbroich und Otto Schweitzer, Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts, haben im Jahr 2009 einen 55 minütigen Dokumentarfilm mit dem Titel „Lebenserwartung. Die Alten und die Kinder in Japan“ vorgestellt, der zeigt, wie sich das Alter in Tokio, am Stadtrand und auf dem Land gestaltet. Herausgekommen ist ein Film, in dem es im Grunde um das Verhältnis zwischen der jüngsten Generation und den Generationen der Großeltern und Urgroßeltern geht. ...

So wird gezeigt, wie im Stadtteilzentrum Tokiwaki (Tokio) ganz alte Menschen (zum Teil in Rollstühlen) mit Kleinstkindern interagieren, mit ihnen singen oder Bewegungsspiele zu Musik machen. ...

Am längsten berichten Donata Elschenbroich und Otto Schweitzer aus dem Pflegezentrum Showa am Stadtrand von Tokio. Hier leben die rund 100 Kinder der in der Einrichtung beschäftigten Erwachsenen mit ca. 200 Senior/innen zusammen, die sich in stationärer (Kurzzeit-) Pflege oder Tagespflege befinden. Jeden Morgen holen die Kleinst- und Kleinkinder die Pflegebedürftigen ab und begleiten sie in einen riesigen Tagesraum, in dem sie gemeinsam den größten Teil des Tages verbringen. Dort wird gemeinsam gespielt, gesungen, geklatscht usw. Auch helfen die Kinder z.B. beim Austeilen von Getränken und von warmen, feuchten Tüchern. Im Gemeinschaftsraum laufen große und kleine Hunde herum, die von den Kindern und den Pflegebedürftigen gestreichelt und von Letzteren auch auf dem Schoß genommen werden. Die Kleinkinder begleiten die Senior/innen auch in das Außengelände, wo Ziegen und Hühner in Gehegen gehalten werden. Diese werden dann gemeinsam gefüttert. Am Nachmittag kommen Schulkinder hinzu und spielen oder lesen im Tagesraum. ...

Somit vermittelt der Film von Donata Elschenbroich und Otto Schweitzer letztlich einen neuen sozialpädagogischen und einen neuen frühpädagogischen Ansatz: Sie zeigen, wie alte und pflegebedürftige Menschen von dem Zusammensein mit Kleinkindern bzw. von der "child

²³ Kindergartenpädagogik | Online – Handbuch; Herausgeber: Martin R. Textor;
www.kindergartenpaedagogik.de

assisted therapy" profitieren und wie Kleinkinder in ihrer Entwicklung durch regelmäßige Kontakte zu Senior/innen gefördert werden können. Für Deutschland durchaus nachahmenswert...“

Denken in „Einrichtungen“ verhindert kreative Lösungen!

Wir müssen, davon abgesehen, dass wir die demografischen Tatsachen anerkennen müssen, abseits unseres eingefahrenen Handelns lernen müssen, Neues zu denken, querzudenken, grenzüberschreitend zu denken; den Menschen – uns – in den Mittelpunkt zu stellen. Politik mit den Menschen machen und nicht für sie! Die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse verpflichtend miteinbeziehen, sie einbinden. Wir müssen Abschied nehmen vom bisherigen Wachstumsgedanken und Wachstum neu definieren. Wachstum muss einen anderen Maßstab erhalten. Wachstum muss sich an der Qualität unseres menschlichen Miteinanders messen lassen.

Bei allem soll nicht verschwiegen werden, dass wir auch weiterhin finanzielle Ressourcen auf kommunaler Ebene benötigen. Die Gemeindefinanzen abhängig zu machen von den Einkommensteueranteilen ihrer Einwohner und der Gewerbesteuer bedeutet, die zukünftige Entwicklung nicht im Blick zu haben: weder den damit notwendiger Weise verbundenen Einnahmerückgang noch die zu bewältigenden Aufgaben des Umbaus unserer Strukturen. Die Zuwendungen aus den Mitteln des Gemeindefinanzausgleichs bedürfen eines zweifachen „demografischen Faktors“. Der erste demografische Faktor muss jenen Gemeinden, die am stärksten von der Schrumpfung ihrer Einwohner betroffen sind, entsprechende Hilfen gewähren, so dass diese ihre Infrastrukturen an die veränderte Lage anpassen können, damit die weiterhin ansässige Bevölkerung nicht von den durchschnittlichen Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft abgekoppelt wird. Der zweite demografische Faktor betrifft jene Kommunen, die ihre Haushalte und die damit verbundenen Ausgaben bzw. die kommunalen Aufgaben demografiefähig ausrichten. Auch diese Kommunen, die sozusagen vorausschauend agieren, die rückbauen, die mit anderen zusammenarbeiten, die ihre Zentren stärken, auch diese Kommunen müssen deutlich besser unterstützt werden als jene Kommunen, die nach wie vor den Kopf mehr oder weniger in den Sand stecken.

Und was brauchen wir dafür? Wir brauchen dafür nicht nur klare Förderrichtlinien, wir brauchen dazu vor allem eines: politischen Mut.

Quellenverzeichnis

- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, www.destatis.de, Wiesbaden 2009
- Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs: Einundzwanzigster Zusammenfassender Bericht 2010, Hessischer Landtag Drucksache 18/2633, www.rechnungshof-hessen.de
- Prof. Gerd Bosbach: „Produktivität kann Demografie-Wandel kompensieren“; 3sat.online-Artikel
- Radikale Reform in Dänemark: Rente – mit 74; sueddeutsche.de vom 26.1.2011
- Mehrwertsteuer: Schäubles Angst vor den rüstigen Rentnern, weltonline vom 14.9.2010
- Demografie: Der Kinderschwund macht sprachlos, zeitonline vom 17.11.2010
- Die demografische Herausforderung | Demografie Spezial | Deutsche Bank Research – Juli 2002
- Lebenserwartung so hoch wie nie, Hanauer Anzeiger vom 5.11.2010
- FIFA WM in Südafrika Nationalelf Vorbild für Integration, <http://www.swr.de/international/de> vom 9.Juli 2010
- Jacob Grimm: Rede über das Alter, Berlin 1863
- Strategiemappe „Zukunftsmarkt 50plus“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin 2010
- Hausärzte auf dem Land: Ärzte auf Rädern, Frankfurter Rundschau vom 16.7.2010
- difu-Impulse: Demografischer Wandel 5/2010
- Generationenfreundlicher Einzelhandel – ein Gewinn für Alt und Jung, BM FSFJ, Berlin 2010
- Prüferhandbuch Qualitätszeichen „Generationenfreundliches Einkaufen“, Wirtschaftsfaktor Alter & Handelsverband Deutschland 2010
- Deutscher Behindertenrat (DBR)
- Dr. Rüdiger Leidner u.a.: Leben ohne Barrieren; in: EUROPA kommunal 6/2006
- www.barrierefrei.de: Studie des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW): Wohnen im Alter
- „Meine Mitbewohnerin, die Oma“; spiegelonline vom 23.1.2011
- Hausgemeinschaften werden wichtiger; in: Tageszeitung vom 28.12.2010
- Martin R. Textor: Kindergartenpädagogik, Online – Handbuch, www.kindergartenpaedagogik.de
- Donata Elschenbroich, Otto Schweitzer: Lebenserwartung. Die Alten und die Kinder in Japan, Film, München 2009 Demografischer Wandel